

## Belgien, Niederlande, Luxemburg

WICHARD WOYKE

### *Belgien*

Nachdem Belgien im ersten Halbjahr 1987 seine politische Energie auf die Präsidentschaft in der Europäischen Gemeinschaft konzentriert hatte, verlagerte das Königreich seine Kraftanstrengungen im Jahr 1988 auf die Innenpolitik. Vorgezogene Neuwahlen im Dezember 1987, eine sich über fast fünf Monate erstreckende schwierige Regierungsbildung und die Durchsetzung der Staatsreform prägten den politischen Prozeß in Belgien 1988.

### Wahlen und Regierungsbildung

Die Weigerung des Bürgermeisters Josef Happart von Les Fourons, einer wallonischen Enklave in Flandern, seine Amtshandlungen in der flämischen Sprache vorzunehmen, die er beherrscht und wozu er gesetzmäßig verpflichtet ist, führte am 15. Oktober 1987 zum Rücktritt der christlich-liberalen Regierung Martens VII. Die vorgezogenen Neuwahlen fanden am 13. Dezember 1987 statt. Das alte Parlament hatte mit der Auflösung gleichzeitig beschlossen, daß das neu gewählte Parlament als verfassungsgebende Versammlung fungieren sollte. So wurden 80 Artikel zur Verfassungsrevision freigegeben, um die 1970 begonnene Reform des belgischen Zentralstaats fortzusetzen.

Das Wahlergebnis war zwiespältig und ließ keinen eindeutigen Wählerauftrag erkennen: In Flandern deutete das Wahlergebnis den Wunsch nach Fortsetzung der Mitte-Rechts-Koalition aus Christlich-Sozialen und Liberalen an; in der Wallonie dagegen wurden die Sozialisten eindeutig stärkste politische Kraft. Die beiden sozialistischen Parteien bilden in der neuen Abgeordnetenkammer die stärkste Fraktion mit 72 Sitzen. Nicht zuletzt das unklare Wahlergebnis führte zu einer Lähmung des parlamentarischen Entscheidungsprozesses in Belgien. Erst am 9. Mai 1988, 147 Tage nach den Parlamentswahlen, konnte das neue Kabinett Martens VIII, eine große Koalition aus beiden christlichen Parteien (CVP/PSC), beiden sozialistischen Parteien (PS/SP) sowie der Flämischen Volksunion (VU), gebildet werden. Damit wurde Wilfried Martens zum achten Mal Premierminister und ist mit einer Dienstzeit von zehn Jahren – mit einer kurzen Unterbrechung von acht Monaten – neben Frau Thatcher der dienstälteste Regierungschef in der EG. Europapolitisch bedeutsam waren die Kabinettsverhandlungen, da mit Leo Tindemans als Außenminister nicht nur außenpolitische Kontinuität gewahrt worden ist<sup>1</sup>, sondern mit Anne Marie Linzin eine Staatssekretärin eingesetzt wurde,

„die das erstmals in einem Mitgliedstaat geschaffene europäische Binnenmarkt-Portefeuille unter dem Namen ‚Europa 1992‘ zu verwalten hat“<sup>2</sup>. Allerdings beschränken sich die Kompetenzen der Staatssekretärin ausschließlich auf innere Angelegenheiten. Angesiedelt und damit unterstellt ist die Staatssekretärin dem Außenhandelsminister. Ihre Aufgabe besteht in der Vorbereitung von Unternehmen, Wirtschaft und Öffentlichkeit Belgiens auf den Binnenmarkt. Sie hat die Koordinationsfunktion im Hinblick auf die von den verschiedenen Ressorts und Verwaltungen geplanten Maßnahmen und Schritte. Nach wie vor bleibt aber Paul de Kaesmaeker, Stellvertreter Leo Tindemans im Bereich der Europapolitik, in den Ministerräten für Landwirtschaft und Binnenmarktfragen und für die dort zu treffenden Entscheidungen zuständig.

Die Regierungsbildung beinhaltete eine weitere europapolitische Komponente: Der im Januar 1989 zur Disposition stehende belgische EG-Kommissar wurde in die schwierige Ämter- und Ressortverteilung miteinbezogen. So kamen die fünf Koalitionspartner überein, daß der Führer der Flämischen Sozialisten Karel von Miert neuer belgischer EG-Kommissar werden und seinen liberalen Vorgänger Willy de Clerq ablösen sollte. Seit Januar 1989 amtiert von Miert als Kommissar für Verkehrspolitik und Verbraucherschutz.

#### Bundesstaat Belgien – Modell für Europa?

Die Umwandlung des belgischen Zentralstaats in einen Bundesstaat mit relativ autonomen Regionen wurde vom Parlament im Juni 1988 im Rahmen einer Verfassungsrevision beschlossen. Nach 1970, als Flandern und Wallonien eine kulturelle Autonomie erhielten, und nach 1980, als flämische und wallonische Regionalregierungen eingerichtet wurden, ist diese Verfassungsreform der wichtigste Schritt auf dem Weg zum Bundesstaat mit den Teilrepubliken Flandern, Wallonien und Brüssel. Es wurde eine neue Kompetenzverteilung zwischen Zentralstaat und Regionen vorgenommen. Danach werden Außen- und Verteidigungspolitik, Währungspolitik, allgemeine Wirtschafts- und Finanzpolitik, soziale Sicherheit, Eisenbahn und die Fluggesellschaft Sabena nationale Domäne bleiben<sup>3</sup>. Wirtschafts-, Energie-, Beschäftigungspolitik, Infrastruktur, Medien und Erziehungswesen, Landschafts- und Denkmalschutz sowie Umweltschutz und sogar der Außenhandel werden den Regionen übertragen<sup>4</sup>. Paradox mutet an, daß die Regionen und der Zentralstaat die Möglichkeit erhalten, Verträge abzuschließen<sup>5</sup>.

Anfang 1989 wurde auch der zweite Teil der Staatsreform verabschiedet, als im „Gesetz über die Finanzierung der Gemeinschaften und Regionen“ nun auch die finanzielle Kompetenzabgrenzung zwischen den Gebietskörperschaften vorgenommen wurde. Die Regionen erhalten danach etwa 40% aller Staatsmittel. Von diesen entfallen auf Flandern 55%, auf Wallonien 36% und auf Brüssel 9%<sup>6</sup>. Darüber hinaus ist – analog zu den Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland – ein Finanzausgleich vorgesehen, wonach die Region mit dem niedrigsten Durchschnittseinkommen Sondermittel seitens der Zentralregierung erhält<sup>7</sup>.

Die Entwicklung Belgiens vom Zentralstaat zum Bundesstaat wird auch vor dem Hintergrund ihres Modellcharakters für eine europäische Union gesehen. Die „großen“ Kompetenzen – wie Außen-, Sicherheits- und Währungspolitik – verbleiben bei der Zentrale, während die anderen Bereiche auf die nachgeordneten Gebietskörperschaften übergehen. Bürgermeister Happart der Gemeinde Les Fourons/Voeren, die zu 60% frankophon auf flämischem Territorium liegt, sieht in dieser neuen Staatsform einen Modellcharakter für ein „Europa der Regionen“<sup>8</sup>.

#### Europavorstellungen und Europapolitik der Regierung

1988 entwickelte sich Premierminister Martens zum Gegenspieler der britischen Premierministerin Margaret Thatcher, die in einer Rede vor dem Europakolleg in Brügge der weiteren Integrationspolitik faktisch eine Absage erteilte und den „Versuch, die nationale Souveränität abzuschaffen und die Macht im Zentrum eines europäischen Konglomerats zu konzentrieren“<sup>9</sup>, als außerordentlich schädlich bezeichnete. Martens dagegen zielt bewußt auf die „Vereinigten Staaten von Europa“. In der Diskussion über die zukünftige politische Form der Gemeinschaft, die nach der Vollendung des Binnenmarktes gestaltet werden muß, plädiert der belgische Regierungschef für eine Föderation. Der auf Souveränität beharrenden britischen Premierministerin widersprechend, erklärte Martens: „... in den Bereichen Handel und Wirtschaft üben die zwölf EG-Mitgliedstaaten ihre Souveränität bereits in großem Maße auf einer gemeinsamen Basis aus. Diese gemeinsame Souveränität muß sich auch auf andere Bereiche ausdehnen: auf monetäre Fragen (ein gestärktes Europäisches Währungssystem), die makroökonomischen Probleme, den Umweltschutz, die Forschung, die Außenbeziehungen, die Verteidigung und Sicherheit und so weiter“<sup>10</sup>. Martens' Europa-Konzeption gipfelt in der Forderung nach einer gemeinsamen Exekutive in einem föderalen europäischen Staat. Dieser müsse ein in seinen Rechten gestärktes Europäisches Parlament gegenübergestellt werden, das gegenüber der Regierung echte Kontrollbefugnisse ausüben könne. Nach Auffassung des belgischen Premierministers ist eine wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit Europas ohne eine gemeinsame Souveränität nicht möglich. Bereits heute übten die EG-Staaten in den Bereichen Handel und Wirtschaft ihre Souveränität weitgehend gemeinsam aus. In Martens' Europakonzeption nimmt die soziale Dimension auch einen bedeutenden Raum ein. „Eine EG ohne soziale Ergänzung habe keinen Sinn, ein aus elementaren sozialen Rechten bestehender ‚sozialer Sockel‘ sei unabdingbar“<sup>11</sup>.

#### Industrie und Gesellschaft – 1992 wirft seine Schatten voraus

Die Versuche des italienischen Industriellen Carlo de Benedetti, die „Société Générale de Belgique“, „jenes altherwürdige Unternehmen, das seit vielen Jahrzehnten überall auf der Welt mit Belgien identifiziert wurde“<sup>12</sup>, zu übernehmen, konfrontierte das Königreich schlaglichtartig mit den Herausforderungen des geplanten Binnenmarktes. Der Versuch, die Société Générale zum Zentrum eines „pan-

## DIE EUROPAPOLITIK IN DEN MITGLIEDSTAATEN DER EG

Parteien	Stimmen	in %	Sitze
Christlichsoziale			62 (-7)
davon CVP	1 194 687	19,5	43 (-6)
PSC	491 839	7,8	19 (-1)
Sozialisten			72 (+5)
davon SP	913 975	14,9	32 (0)
PS	961 429	15,7	40 (+5)
Liberale			48 (+2)
davon PVV	709 137	11,5	25 (+3)
PRL	577 897	9,4	23 (-1)
Volksunie	494 229	8,0	16 (0)
Umweltparteien			9 (0)
davon Agalev	275 307	4,5	6 (+2)
Ecolo	157 985	2,6	3 (-2)
Vlaamse Blok	116 410	1,9	2 (+1)
FDF	71 340	1,2	3 (0)
Kommunisten	51 074	0,8	0 (0)
Übrige	125 903	2,0	0 (-1)

Quelle: Archiv der Gegenwart v. 13. Dezember 1987, S. 31715.

europäischen“ Konzerns zu machen, hatte tiefgreifende Folgen. Während sich die großen Konzerne, wie z. B. Solvay oder Gevaert schon seit einiger Zeit auf die Herausforderungen des Binnenmarktes vorbereitet haben, werden die kleinen und mittleren Unternehmen erst allmählich mit der gesamten Problematik des Binnenmarktes konfrontiert. Angesichts der engen Verflechtung mit den anderen EG-Ländern – mit ihnen werden etwa drei Viertel des Im- und Exports abgewickelt – braucht ein großer Teil der Unternehmen den Binnenmarkt jedoch nicht zu fürchten. Dies gilt insbesondere für das ökonomisch fortentwickeltere Flandern. Die im Osten Flanderns angesiedelten Elektronik-, Chemie- und Automobilwerke „sind ohne Ausnahme hochproduktiv und haben den Binnenmarkt in der Absatzstruktur bereits verwirklicht“<sup>13</sup>.

Intensiv bereiten sich auch die Banken auf den Binnenmarkt vor, indem sie tiefgreifende Reorganisationen vornehmen und in Zukunft noch stärker mit großen europäischen Kreditinstituten kooperieren wollen. 61 von 85 belgischen Banken werden bereits vom Ausland kontrolliert<sup>14</sup>.

### Die Niederlande

#### Dominanz von Agrar- und Umweltpolitik

1988 konzentrierte sich die niederländische Politik auf innere Entwicklungen wie die Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik sowie das Problem der Drogenbekämpfung. Europapolitisch waren die Agrar- und Umweltpolitik von besonderem Interesse. Da die Niederlande nach den USA der zweitgrößte Exporteur landwirtschaftlicher Produkte sind, bildete die Regelung der Agrarausgaben eine wesentliche Komponente ihrer Europapolitik. Die Niederlande strebten eine Eindämmung der EG-Agrarausgaben an, die auf dem Brüsseler Sondergipfel im Februar 1988 schließlich auch erreicht wurde. Landwirtschaftsminister Braks bewertete die in Brüssel erzielten Maßnahmen „gewissermaßen als Abrundung der Schaffung der EG-Agrarpolitik, die damit eigentlich erwachsen geworden ist . . . In allen Bereichen des Marktes sind nun Mechanismen eingebaut, die im Fall einer schnellen Produktionssteigerung automatisch wirksam werden . . .“<sup>15</sup>.

Die niederländische Landwirtschaft ist äußerst abhängig vom freien Markt in der EG. Allein an die Bundesrepublik Deutschland lieferte sie 1987 landwirtschaftliche Produkte im Werte von 11 Mrd. DM<sup>16</sup>. Doch droht dieser Exportzweig in Schwierigkeiten zu geraten, da umweltpolitische Schäden – Überdüngung, Überproduktion von Mist, Saurer Regen etc. – die Ernten bedrohen und mittel- bis langfristig zur Vergiftung der Lebensmittel führen müssen.

Anfang 1989 nahm die niederländische Regierung einen umweltpolitischen Richtungswechsel vor. Ministerpräsident Lubbers gab im Januar 1989 umweltpolitischen Alarm: Der mehr als 400 Seiten starke Regierungsreport „Sorgen für morgen“ hatte festgestellt, daß die Niederlande Europas am stärksten umweltbelastetes und vergiftetes Land sind<sup>17</sup>. Lubbers will nun auch international den Umweltschutz voranbringen. Dem diene die von der niederländischen Regierung im März 1989 im Haag veranstaltete Umweltkonferenz mit 40 Präsidenten, Regierungschefs und Außenministern, auf der allerdings lediglich umweltpolitische Deklarationen verabschiedet wurden. Eine europapolitisch bedeutsame Maßnahme verabschiedeten die Niederlande Anfang 1989, als sie gesetzlich den Kauf von abgasarmen Autos zu steuerbegünstigten Zwecken verankerten<sup>18</sup>. Damit stellten sie sich gegen bestehende EG-Regelungen, so daß die Kommission prüft, ob durch diese – umweltpolitisch höchst erfreuliche – Maßnahme der EWG-Vertrag verletzt wird.

#### Binnenmarkt – Hoffnungen und Befürchtungen

Wie auch in Belgien, so sehen die unterschiedlichen Wirtschaftsakteure dem Binnenmarkt hoffnungsvoll bzw. mit Skepsis entgegen. In den Niederlanden befürchtet man, so die Ministerin für Verkehr und Wasser, Nellie Smit-Kros, in eine verkehrsmäßige Isolierung zu geraten, da sich die wirtschaftlichen Zentren der Gemeinschaft nach Süddeutschland, Norditalien und Südostfrankreich verlagern und mit dem Bau des Kanaltunnels der Verkehr an den Niederlanden vorbeifüh-

ren wird. Für die Niederlande stellt sich daher zunehmend die Frage, wie ihr Vorsprung als internationales Verteilungszentrum im Binnenmarkt Europa aufrechtzuerhalten sein wird. 20% der gesamten EG-Einfuhr und 32% der EG-Ausfuhr laufen über die Niederlande. Ein Viertel des EG-Transportmarktes ist in holländischem Besitz. Von den 45 Mrd. Gulden Handelsüberschuß im letzten Jahre gehen allein acht Mrd. auf das Konto der Transportbetriebe<sup>19</sup>.

Während die Großkonzerne – wie z. B. Philips oder Shell – dem Binnenmarkt hoffnungsvoll entgegensehen, haben die vielen kleinen und mittleren Betriebe die Binnenmarktproblematik noch nicht voll erfaßt. Der Christliche Arbeitgeberverband (NCW) versucht, seine Mitglieder unter dem Motto „Europa grenzenlos“ zu motivieren<sup>20</sup>. Der Unternehmerverband VNO startete eine Kampagne für jene Unternehmen, die bisher noch nicht exportierten. Auch das Wirtschaftsministerium beteiligt sich sowohl materiell als auch mit Aktionen an der Aufklärung über die Herausforderung, die durch den Binnenmarkt vor allem auf die kleinen und mittelständischen Unternehmen zukommen. Um seitens des Staates den Herausforderungen offensiv zu begegnen, wird dem Ausbau der „Randstad“ Priorität gegeben. In diesem Landesteil liegt mit Rotterdam der größte Hafen der Welt. In Schiphol befindet sich der fünftgrößte Flughafen Europas. In dem weiteren Städtegebiet der Randstad leben 44% der 14,5 Mio. Holländer; hier wird die Hälfte des Bruttosozialprodukts erwirtschaftet. Damit die „Randstad“ ihre Funktion als internationales Verteilerzentrum auch zukünftig beibehalten kann, ist u. a. der zügige Ausbau der Häfen von Rotterdam und die Vergrößerung des Flughafens Schiphol vorgesehen.

#### Vertiefung vor Erweiterung

Bemerkenswert in der niederländischen Diskussion über die Finalität der europäischen Integration ist das Bekenntnis zur Vertiefung der bestehenden EG. Vor dem Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) erklärte im September 1988 Außenhandelsministerin Yvonne de Rooy, daß eine Erweiterung der EG zur Zeit nicht opportun sei<sup>21</sup>. Erst gelte es, sich den Herausforderungen des Binnenmarktes zu stellen sowie den Beitritt der iberischen Länder zu verarbeiten. Die Vorstellungen über den Weg der weiteren Integration erläuterte Premierminister Lubbers in einem Gespräch mit der *Financial Times*<sup>22</sup>. Danach ist nicht mehr – wie noch zu den Zeiten von Außenminister Luns in den 60er Jahren – ein supranationales Konzept gefragt, sondern das Modell der Europäischen Volkspartei, das der luxemburgische Premierminister Santer nach der Konferenz der christdemokratischen Parteiführer im Oktober 1988 in Brüssel vorlegte: Die Europäische Union soll im Schritt-für-Schritt-Verfahren entstehen, unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips. Lubbers hat sich auch der Erklärung der Parteiführer zur Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik angeschlossen, die auf die Realisierung einer Europäischen Sicherheitsunion zielt<sup>23</sup>.

### *Luxemburg*

Enge wirtschaftliche Verflechtung schon vor dem Binnenmarkt

Die Europapolitik des Jahres 1988 war auch im Großherzogtum nachdrücklich durch die Binnenmarktinitiative bestimmt. Die Errichtung des einheitlichen Binnenmarktes im Jahr 1993 wird auch im luxemburgischen Lebensalltag zu Veränderungen führen. Die luxemburgische Wirtschaft profitierte insbesondere von der unerwartet dynamischen internationalen Konjunktur, so daß die Exporte des kleinen Landes kräftig stiegen<sup>24</sup>. „Der luxemburgische Außenhandel ist geprägt von einer außerordentlich starken Einbindung in die EG-Märkte. Bei den Exporten liegt dieser Anteil bei 80%, wovon allein  $\frac{2}{3}$  auf die Nachbarmärkte des Großherzogtums entfallen. Die geographische Aufgliederung bei den Einfuhren zeigt ein vergleichbares Bild: 95% aller Lieferungen erfolgen aus europäischen Ländern, wovon allein 81% auf die an Luxemburg angrenzenden Länder entfallen<sup>25</sup>. Kein Wunder also, daß die luxemburgische Regierung dem Binnenmarkt grundsätzlich positiv gegenübersteht. Als kleines Land ist Luxemburg auf die Märkte der Nachbarländer angewiesen und ganz wesentlich davon abhängig, daß diese keinen Protektionismus betreiben. So hat sich Luxemburg schon immer für einen freien Handel eingesetzt und integrierte sich immer in größere Wirtschaftsräume, sei es der Deutsche Zollverein im 19. Jahrhundert, die Belgisch-Luxemburgische Wirtschaftsunion (BLEU), die Benelux-Union oder die Europäischen Gemeinschaften.

Luxemburg setzt in bezug auf den Binnenmarkt alle seine Kräfte daran, sich als liberales Finanz- und Dienstleistungszentrum in der EG zu behaupten bzw. seine Dienstleistungspalette auszubauen. Das bedeutet, daß Luxemburg auch weiterhin etwas günstigere Rahmenbedingungen als die anderen EG-Länder bieten will. So hat Luxemburg dank der zentralen Lage in EG-Europa, der Mehrsprachigkeit der Bevölkerung, der politischen und gesellschaftlichen Stabilität und der besonderen Konditionen für die Banken immer die Fähigkeit entwickelt, sich rechtzeitig den internationalen Herausforderungen zu stellen. Ausdruck dieser günstigen Rahmenbedingungen ist zum einen der bisherige Mehrwertsteuersatz von 12%, zum anderen die Befreiung von der Quellensteuer. So wird Luxemburgs Bedeutung durch die Liberalisierung des Kapitalverkehrs in Frankreich, Italien und anderen EG-Staaten noch zunehmen.

### Finanzplatz und Medienstandort

Die führenden luxemburgischen Politiker, sowohl Premierminister Santer von der Christlichen Volkspartei als auch Außenminister Poos von der Sozialistischen Arbeiterpartei, sprachen sich 1988 zwar für die Vollendung des Binnenmarktes aus, halten jedoch die hierfür von der EG-Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen für verfehlt. Vor allem lehnt man die Angleichung der Mehrwertsteuer in den EG-Staaten ab, da man den Binnenmarkt auch ohne solch eine Harmonisierung als ein erreichbares Ziel sieht. Auf eine Anfrage der liberalen Abgeordneten Co-

lette Flesch stellte Premier- und Finanzminister Santer in der Abgeordnetenkommission klar, daß die Harmonisierung der direkten und indirekten Steuern keine Voraussetzung für die Schaffung des EG-Binnenmarktes darstelle<sup>26</sup>. In diesem Zusammenhang verweist Santer auf das Vorbild der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion (BLEU) mit unterschiedlichen Mehrwertsteuersätzen – in Luxemburg 12%, in Belgien 19% –, aber einem Binnenmarkt<sup>27</sup>. Die luxemburgische Regierung vertritt die Ansicht, daß es nach Vollendung des Binnenmarktes automatisch zu einer Konvergenz in der Steuer- und Haushaltspolitik der EG-Staaten kommen wird<sup>28</sup>. Die Luxemburger müssen eine Mehrwertsteuerharmonisierung fürchten, da eine Reihe von Bankdienstleistungen wie z. B. das Wertpapierdepotgeschäft teurer werden müßten. Auch wehrt man sich gegen die Einführung der Mehrwertsteuer auf den Handel von Anlagegold<sup>29</sup>. Besonders energisch wendet sich das Großherzogtum aber gegen die Einführung einer Quellensteuer von 15% in der EG. Sie wird von Außenminister Poos als anti-europäisch, antiwirtschaftlich und als bürokratisch abgelehnt<sup>30</sup>. Luxemburg sieht durch die Einführung solch einer Steuer europäische Steuerpflichtige veranlaßt, den EG-Raum zu verlassen, um außerhalb EG-Europas die Gelder günstiger anzulegen<sup>31</sup>.

Natürlich verfolgt das Großherzogtum mit seiner Haltung ein nationales Interesse, kennt es doch – neben zwei anderen EG-Staaten – keine Quellensteuer. Und die Einführung der Quellensteuer in der Bundesrepublik Deutschland zum 1. Jan. 1989 „war ein schönes Geschenk des Herrn Stoltenberg für uns, aber sie ist nicht lebensnotwendig“<sup>32</sup>. Folgerichtig hat die Einführung dieser Steuer in der Bundesrepublik Deutschland zu einer erheblichen Kapitalflucht geführt, und nicht unwesentliche Teile dieser Gelder sind in Luxemburg gelandet. Die Einführung einer EG-weiten Quellensteuer würde den Finanzplatz Luxemburg eines seiner spezifischen Anziehungspunkte berauben. Wenn auch die Steuer an sich noch nicht als so gravierend betrachtet wird, so würde aber die mit ihr im Zusammenhang stehende Meldepflicht der Banken an die Steuerbehörden eine große Bedrohung für das im Großherzogtum sehr strikt angewandte Bankgeheimnis bedeuten. Vor diesem Hintergrund verabschiedete die Abgeordnetenkommission im März 1989 ein Gesetz zum Schutz des luxemburgischen Bankgeheimnisses. Danach können ausländische Steuerverwaltungen von den luxemburgischen Finanzinstituten zu Steuerzwecken keine individuellen Auskünfte über Kunden verlangen, es sei denn für den Fall von Rechtshilfeersuchen in Strafverfahren<sup>33</sup>. Da Steuerfragen auch gemäß der EEA nur einstimmig im Rat entschieden werden können, hat Luxemburg eine wichtige Position, denn die Regierung erklärte mehrfach, daß eine Zustimmung zu der Einführung der Quellensteuer nicht durch andere Maßnahmen zu kompensieren wäre.

Auch die von der Kommission geplante Besteuerung von Grenzgängern stößt im Großherzogtum auf Bedenken. Da hier der Anteil ausländischer Arbeitnehmer besonders hoch ist – 1987 zählte man 22 200 Grenzpendler von insgesamt 160 000 Beschäftigten –, könnte diese Maßnahme zu erheblichen Einnahmeausfällen für die Wirtschaft im Großherzogtum führen.

Neben der Funktion als europäischer Bankenplatz will das Großherzogtum sich auch als europäischer Medienstandort präsentieren, um sich in den 90er Jahren zu *einem* oder *dem* europäischen Medienzentrum zu entwickeln. Der erfolgreiche Start des Satelliten Astra im Dezember 1988 könnte sich als wichtiger Meilenstein für die Entwicklung Luxemburgs als europäisches Medienzentrum erweisen. Da der Staat Luxemburg von den Mieteinnahmen des Satelliten profitiert und die SES die Inbetriebnahme weiterer Satelliten plant, dürfte sich die Bedeutung des Medienstandorts Luxemburg weiter erhöhen, zumal auch die Ausweitung Luxemburgs zu einem Film- und Fernsehzentrum geplant ist, für das die Regierung steuerliche Begünstigungen ankündigte<sup>34</sup>.

### Luxemburg – Verteidiger der politischen Integration

Luxemburg setzt sich weiterhin für den Fortgang der europäischen Integration aktiv ein: auf der multiregionalen Ebene der Gemeinschaft, auf der dreiseitigen Ebene der Benelux-Staaten sowie auf der bilateralen Ebene mit verschiedenen Mitgliedstaaten und schließlich auf der Ebene der Regionen. Auf der Konferenz der christlich-demokratischen Regierungschefs mit den EVP-Parteiführern im Oktober 1988 erklärte Santer die Europäische Union als Zielvorstellung und regte an, für diese Union eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik zu entwickeln und sie zu einer Sicherheitsunion zu gestalten. Santer widersprach den von Frau Thatcher geäußerten Vorstellungen vehement und hält Integrations Schritte, die über den Binnenmarkt hinausgehen, für erforderlich<sup>35</sup>. Santer präsentiert die Benelux-Union hierfür als Modell und weist den Benelux-Staaten eine Mittlerfunktion bei der Schaffung der Union zu: „Die Benelux-Länder können in der EG eine Mittlerrolle übernehmen. Wir können den Ausgleich zwischen den Großen herstellen. Und wirtschaftlich gesehen sind wir, die drei Länder zusammengenommen, doch recht mächtig“<sup>36</sup>.

### Anmerkungen

- 1 Vgl. Neue Zürcher Zeitung (NZZ) v. 11. 5. 1988.
- 2 Vereinigte Wirtschaftsdienste (VWD) v. 11. 5. 1988.
- 3 Vgl. Gsteiger, Fredy: Statt Scheidung getrennte Betten, in: Die Zeit, Nr. 42 v. 14. 10. 1988.
- 4 Vgl. Archiv der Gegenwart (AdG) v. 5. 8. 1988, S. 32442.
- 5 Ebd.
- 6 Vgl. AdG v. 9. 1. 1989, S. D 683.
7. Ebd.
- 8 Vgl. Gsteiger, a.a.O.
- 9 Dok. Nr. 3 in diesem Band.
- 10 Le Soir v. 28./29. 9. 1988, deutsch auszugsweise in: Europa-Archiv 24 (1988), S. D 687.
- 11 In NZZ v. 30. 9. 1988.
- 12 Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) v. 2. 9. 1988.
- 13 Ebd.
- 14 Süddeutsche Zeitung (SZ) v. 17. 8. 1988.
- 15 Interview mit der niederländischen Rundfunkgesellschaft TROS am 13. 2. 1988
- 16 Vgl. SZ v. 10/11. 9. 1988.
- 17 Vgl. SZ v. 24. 1. 1989.
- 18 Vgl. SZ v. 1. 2. 1989.
- 19 Vgl. SZ v. 17. 8. 1988.
- 20 Ebd.
- 21 Vgl. VWD v. 7. 9. 1988.
- 22 Financial Times v. 1. 11. 1988.
- 23 Vgl. CDU/CSU-Fraktion: Europa im Blickfeld, Ausgabe 9/1988 v. 31. 10. 1988, S. 29.

- 24 Vgl. Picquard, Jean-Jacques: Luxemburg setzt weiterhin auf Diversifizierung, in: SZ Sonderbeilage Luxemburg v. 23. 2. 1989.
- 25 Marmann, Gerd: Öffnungsgrad macht Nachbarn zu Partnern, in: SZ v. 23. 2. 1989.
- 26 Vgl. SZ v. 2./3. 7. 1988.
- 27 Vgl. EG-Magazin 12 (1988), S. 30.
- 28 Vgl. Interview von Premierminister Santer mit „Die Welt“ v. 5. 9. 1988.
- 29 Zimmer, Paul: Die Erweiterung der Dienstleistungspalette wird in den kommenden Jahren noch größeres Gewicht bekommen, in: Handelsblatt v. 25. 10. 1988.
- 30 F. Poos, Jacques: Die Quellensteuer ist anti-europäisch, in: SZ v. 23. 2. 1989.
- 31 Ebd.
- 32 So Luxemburgs Botschafter in Bonn, Adrien Meisch, im Interview mit der SZ v. 23. 2. 1989.
- 33 Vgl. SZ v. 30. 3. 1989.
- 34 Vgl. Interview von Premierminister Santer mit „Die Welt“ v. 5. 9. 1988.
- 35 Vgl. FAZ v. 5. 10. 1988.
- 36 Die Welt v. 5. 9. 1988.

### Weiterführende Literatur

- Houweling, Henk und Jan Geert Siccama (Hrsg.): Europa-Speelbal of Medspeler – Europese machtspolitiek in verleden en toekomst, Baarn 1988.
- Oberesch, Dieter: Die wirtschaftliche Integration der Benelux-Staaten, Köln 1983.
- Sleuwaegen, Leo: Multinationals, the European Community and Belgium: the small-country case, in: Journal of Common Market Studies 26 (1987), S. 255–272.
- Woyke, Wichard: Erfolg durch Integration. Die Europapolitik der Benelux-Staaten von 1947 bis 1969, Bochum 1985.